

Statement Sarah Händel LPK 19.10.2022

- Vorneweg möchte ich auch noch mal betonen: Was wir hier fordern, ist kein utopisches Wunschenken, wir fordern ein, was diese Regierung in ihrem eigenen Koalitionsvertrag selbst vereinbart hat.
- Aber für uns ist entscheidend, dass ein Transparenzgesetz für alle Verwaltungsebenen bis hin zu den Kommunen gelten muss.
- Denn die kommunalen Verwaltungen sind das wichtigste Bindeglied dieses Staates zur Bevölkerung. Sie bestimmen die Atmosphäre der Zusammenarbeit.
- Die Kommunalen Verwaltungen sind das Gesicht des Staates und gleichzeitig der Umsetzungskörper. Denn sie sind es, die viele der im Großen beschlossenen Ziele, vor Ort zur Lebensrealität der Menschen machen
- Nachdem der IFG-Beauftragte der Landesregierung Stefan Brink Anfang Oktober seinen Vorschlag für ein Transparenzgesetz vorgestellt hat, war die Reaktion des Landkreistagespräsidenten Komorowski - und andere Kommunale Gremien empfinden bestimmt ähnlich- hochgradig abwehrend:
- die Forderung nach Transparenz käme „zur absoluten Unzeit“, denn die Verwaltungen arbeiten sowieso schon an der Belastungsgrenze – und jetzt traktiert ihr sie auch noch mit der Forderung nach maximaler Transparenz??
- Vielleicht sollten wir uns mal ernsthaft die Frage stellen: warum arbeiten die Verwaltungen an der maximalen Belastungsgrenze?
- Ja, es sind bei gleicher Mitarbeiterzahl viele neue Aufgaben dazu gekommen, aber ein Teil der Antwort ist auch: die Verwaltung arbeitet an der Belastungsgrenze, weil sie den Möglichkeiten aber auch den Anforderungen unserer Zeit maßgeblich hinterherhinkt!
- Unsere Verwaltung muss vielfach mit Strukturen aus dem letzten Jahrhundert, die Komplexität der heutigen Probleme angehen und soll überspitzt gesagt mit dem Faxgerät bewaffnet einer globalen Pandemie Herr werden
- und dann sind da auch noch diese nervigen Bürger, Bürgerinitiativen und Vereine, die die Verwaltung mit Frust, Unzufriedenheit und Anfragen überhäufen, die Abläufe stören.

- Da sind zunehmend Bürger:innen, die nicht mehr blind vertrauen wollen, sondern eine immer größere Anspruchshaltung entwickeln, in ihrer immensen Vielfalt einbezogen zu werden
- ich kann verstehen, dass man da in der Verwaltung bei der Forderungen nach mehr Transparenz die Krise bekommt, denn dadurch werden mehr Flanken aufmacht und es gibt mehr Ansatzpunkte für Kritik gibt, was unter den aktuellen Bedingungen noch mehr Aufwand und Verzögerung bedeuten kann
- Es ist offensichtlich: die mangelnde Transparenz der heutigen Verwaltung, sowie die Angst vor mehr Transparenz, sind Symptom der Überforderung unserer Verwaltungen
- aber die Verantwortung dafür liegt nur zu einem kleineren Teil bei den 100den kommunalen Verwaltungen
- es ist die Verantwortung dieser Landesregierung, und der politischen Führung auf Bundesebene, die Verwaltungen endlich fit zu machen, für die moderne Bürger-Demokratie des 21. Jahrhunderts.
- Was wir heute brauchen ist eine Kooperations-Demokratie, in der die Verwaltung nicht mehr nur Servicestelle, sondern Organisatorin der kontinuierlichen Zusammenarbeit mit den Bürgerinnen und Bürgern ist
- Und dazu müssen wir verstehen: die für eine Kooperations-Demokratie nötige Kontaktdichte zwischen Verwaltung und Bevölkerung ist untrennbar verbunden, mit einer umfassenden Digitalisierung der Verwaltung
- Die Digitalisierung ermöglicht es, Standardaufgaben zu zentralisieren und zu automatisieren, um Mitarbeiter:innen von monotonen Aufgaben zu befreien, Arbeitsabläufe zu erleichtern und damit großflächig Ressourcen frei zu machen
- Erst eine umfassende Digitalisierung ermöglicht es, alle relevanten Informationen und Abläufe ohne großen Mehraufwand zu veröffentlichen, und kontinuierlich Feedback einzuholen, um eine dynamische und lernende Verwaltung zu werden
- Freiwerde Ressourcen kombiniert mit digitaler Beteiligung, ermöglichen aufwendige, aber notwendige Beteiligungsprozesse, die es der Verwaltung erlauben, sich die Perspektiven, Interessen und Fähigkeiten der

Zivilgesellschaft strukturell zu Nutzen zu machen

- Und das ist ein entscheidender Punkt: Politik und Verwaltung können die Verantwortung für die fundamentalen Veränderungen im Zuge der Energie- und Klimawende nicht alleine tragen: es braucht die Tatkraft der Bürger:innen
- wir wecken die Tatkraft aber nicht, wenn Verwaltungen Angst vor Einmischung haben und sich vor Kritik abschirmen wollen
- wir wecken keine Tatkraft, wenn wir nicht die Vorstellungen und Bedürfnisse der Menschen systematisch und von Anfang an miteinbeziehen
- wir können Blockaden und Angst vor Veränderung in der Bevölkerung nicht überwinden, wenn die Menschen ihren Verwaltungen und der Politik misstrauen
- Und dagegen helfen nur Transparenz, offene Kommunikation und umfassende Beteiligung!
- Und diese Beteiligung muss auch punktuell in gemeinsam getroffenen Entscheidungen enden, denn der Moment eines verbindlichen Bürgerentscheids ist der größte Vertrauensbeweis der Politik & Verwaltung an ihre Bürgerschaft.
- Alle Instrumente, die die Eigeninitiative der Menschen fördern und öffentliche Debatten zu konkreten Sachverhalten anregen, sind in diesen Zeiten des Umbruchs zu stärken und -wo möglich- durch die Digitalisierung zu erleichtern. Dazu gehören Bürgerbegehren, Bürgerentscheide und Einwohneranträge genauso wie ein Transparenzgesetz.
- Wir fordern deswegen heute ein Transparenzgesetz ein, als zentralen Baustein einer offenen und Engagement einladenden Verwaltung
- Wir wollen damit die Landesregierung auffordern, ihre Verantwortung nicht länger aufzuschieben, sondern die Entlastung und Neuausrichtung der Verwaltungen mit voller Kraft anzugehen.